

Vertreter aus Politik, Behörden und Wissenschaft sagen dem Phänomen «Hate Speech im Internet» den Kampf an. Die GRA fokussiert das Thema

# Hassreden und das Recht auf Meinung

SHAI HOLER

In Zusammenarbeit mit der Augustin-Keller-Loge und der Evi-und-Sigi-Feigel-Loge organisierte die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) die Informationsveranstaltung «Hate Speech im Internet» («Hassreden im Internet») in der Israelitischen Kultusgemeinde Zürich. Zur Diskussion eingeladen wurden Experten für Rechtsangelegenheiten, Rechtsextremismus und Social Media. Mit ihrem Referat zum Thema Hasskommentare im Zeitalter der Digitalisierung machte Maya Hertig Randall den Einstieg in einen Diskurs, der zurzeit Justiz, Politik und Gesellschaft beschäftigt.

## Keine gesetzliche Regulierung

In ihrer Rede wies Hertig Randall, Professorin für Verfassungsrecht an der Universität Genf, auf das Definitionsproblem hin und darauf, dass sich die Gerichte mit der Ahndung von Hasskommentaren im Internet zeitweise schwertun. Bietet die Meinungsäusserungsfreiheit jenen Kommentatoren den Platz, ihre

Hasstiraden zu verbreiten? «In der Tat bewegt sich die Regulierung von Hassrede immer in einem Spannungsfeld und bedingt eine Güterabwägung zwischen widerstrebenden Rechten und Interessen», stellte Hertig Randall klar. Es sei wichtig, eine allgemeingültige Definition des Begriffs «Hate Speech» zu finden, diese fehle bisher. Dennoch stehen ihrer Meinung nach das Recht auf freie Meinungsäusserung und eine gesetzliche Regulierung solcher Hassreden nicht in einem Widerspruch: «Bei der Regulierung von Hassrede geht es um den Schutz verletzlicher Minderheiten vor Diskriminierung, Herabwürdigung und Ausgrenzung», es gehe also nicht darum, im Namen der Political Correctness, staatliche Orthodoxie durchzusetzen.

## Harsche Kritik

Als es um das am 1. Januar dieses Jahres in Deutschland in Kraft getretene Netzwerkdurchsetzungsgesetz geht, zeigte Hertig Randall Verständnis für die Kritik, die dieses Gesetz auslöste: Firmen wie Facebook und Youtube würden aus Angst vor hohen Bussen wohl eher zu viele als zu wenige der Kommen-

«Mit dem Anlass wurde eine wichtige Debatte in der Schweiz lanciert, die es so bisher nicht gab.»

tare löschen. Jedoch halte sie die Kritik für überspitzt. Diese Meinung teilte auch Nora Refaeil, die die Moderation der Diskussion übernahm, obschon die Kritik teils berechtigt sei, könne sie die Vehemenz dieser Kritik nicht nachvollziehen. Firmen, über die man Hasskommentare verbreiten könne, müssten in die Pflicht genommen werden, schliesslich verdienten diese Unternehmen Milliarden – unter anderem mit «Hate Speech». Einen ersten Schritt, dem Problem entgegenzutreten, sieht Refaeil, Juristin und Lehrbeauftragte an der Universität Basel, in der Prävention, zum Beispiel an Schulen und Sportveranstaltungen. Danach komme die Justiz, es seien bereits verschiedene Vorstösse eingereicht worden, jedoch hinke die Schweiz, was eine gesetzliche Verankerung anbelange, etwas hinterher.

Die Veranstaltung sei bloss im Sinne eines ersten Anstosses zu sehen, erklärte Refaeil, dennoch ist sie überzeugt: «Wir haben hiermit eine wichtige Debatte in der Schweiz lanciert, die es so bisher nicht gab.» Auch Dominic Pugatsch, Geschäftsführer der GRA, ist sehr zufrieden mit dem Anlass, an die 200 Besucher seien anwesend gewesen, von jung bis alt. Es sei ihm mit dieser Podiumsdiskussion vor allem darum gegangen, die Besucher für die Problematik von «Hate Speech» zu sensibilisieren. ●



Maya Hertig Randall referierte in Zürich zum Thema Hasskommentare im Zeitalter der Digitalisierung.